

Franz-Xaver Kaufmann

Ursachen des Geburtenrückgangs in der Bundesrepublik Deutschland und Möglichkeiten staatlicher Gegenmaßnahmen

Hermann Schubnell zum 80. Geburtstag

Causes of the fertility decline in the Federal Republic of Germany and possible counteracting measures of the government

To Hermann Schubnell for his 80th birthday

Causes de la dénatalité en République fédérale d'Allemagne et possibilités de contre-mesures de l'Etat

A Hermann Schubnell à l'occasion de son 80e anniversaire

Zusammenfassung

Eine Analyse der makrosoziologischen Ursachen des ‚zweiten Geburtenrückgangs‘ läßt erkennen, daß einerseits mutmaßlich irreversible Veränderungen eine fortdauernde Tendenz zur Kinderarmut erzeugen, daß aber andererseits spezifische Benachteiligungen von Eltern zusätzlich wirksam sind, die einer politischen Beeinflussung durchaus offenstehen. Man wird daher die demographische Wirksamkeit frauen- und familienpolitischer Maßnahmen nicht an abstrakten Zielwerten wie z. B. einer das Reproduktionsniveau sichernden Geburtenrate, sondern an Wirkungsmodellen zu messen haben, die die Probleme und die Lebenslagen prospektiver Eltern berücksichtigen. In diesem Zusammenhang werden insbesondere folgende Sachverhalte hervorgehoben: Die Einschätzung der Folgen des Kinderhabens durch prospektive Eltern orientiert sich an den Erfahrungen Dritter; der wachsende Wunsch junger Frauen, Berufstätigkeit und Familienleben zu verbinden; die strukturelle Rücksichtslosigkeit moderner Gesellschaften gegenüber der Familie resultiert aus der vorherrschenden Indifferenz gegenüber der Tatsache, ob Menschen Elternverantwortung übernehmen oder nicht. Abschließend werden Grundgedanken einer komplexer ansetzenden Familienpolitik formuliert, die diesen Gesichtspunkten Rechnung trägt: Die Wirkungsweise familienpolitischer Maßnahmen auf die Geburtenrate ist eher indirekter Natur, indem die wahrnehmbaren Folgen des Kinderhabens bei Dritten beeinflußt werden.

Vor 10 Jahren habe ich *Hermann Schubnell* einen Aufsatz mit dem Titel „Warum nicht Bevölkerungspolitik?“ zum 70. Geburtstag gewidmet, und so mag es überraschen, wenn ich heute eine, um nicht zu sagen die bevölkerungspolitische Fragestellung des letzten Jahrzehnts aufgreife. Man kann sich auch fragen, ob dazu noch etwas Neues zu sagen ist, ob es überhaupt eine Möglichkeit gibt, über die Feststellung eines anscheinend irreversiblen Trends zur Kinderarmut in sich modernisierenden Gesellschaften hinauszukommen.

der sich offenbar auch durch die magische Grenze des erwünschten stationären Gleichgewichts nicht beeindrucken läßt. *Van de Kaa* (1987) spricht von einem „zweiten demographischen Übergang“, um diesen von der Bevölkerungstheorie der Nachkriegszeit nicht vorhergesehenen dauerhaften Rückgang der Fertilität unter das Reproduktionsniveau zu kennzeichnen. *H. Birg* hat in jüngster Zeit eine Theorie entwickelt und empirisch getestet, die diesen unabweisbaren Trend auf der Grundlage des methodologischen Individualismus erklären will: Gemäß seiner biographischen Theorie der demographischen Reproduktion geht die Bereitschaft zu langfristig irreversiblen Festlegungen im Lebenslauf – und eben dies beinhaltet die Übernahme von Elternverantwortung – um so mehr zurück, je größer die biographische Wahlfreiheit ist (*Birg*, 1987; *Birg; Flöthmann; Reiter*, 1990; 315). Damit werden Überlegungen zu den wachsenden Opportunitätskosten von Kindern (*Becker*, 1981), zur Deinstitutionalisierung der Partnerschaftsbeziehungen (*Schumacher; Vollmer*, 1981), zur zunehmenden Kontingenz von Prozessen der Familienentwicklung (*Kaufmann et al.*, 1982) sowie zur Zunahme der Scheu vor langfristig irreversiblen Festlegungen als Konsequenz der „systemadäquaten Überflutung mit neuen Offerten“ (*Linde*, 1984; 148) bzw. der Überlastung mit „Identitäts- und Entscheidungszumutungen“ (*Kaufmann*, 1988; 407) in einen stringenten Argumentationszusammenhang gebracht, der zweifellos geeignet ist, die bevölkerungswissenschaftliche Diskussion um die Erklärung des säkularen Geburtenrückgangs durch ein neues Theorem zu befruchten.

Für die Frage, ob es sinnvoll sei, durch politische Maßnahmen auf die Geburtenentwicklung einwirken zu wollen, geben solche Trendtheorien allerdings wenig Anhaltspunkte. Auch wenn die Tendaussage und ihre Erklärung als allgemeiner Zusammenhang zutreffen sollte, so ist damit noch nichts über die Streubreite des Geburtenrückgangs unter den sich modernisierenden Gesellschaften und über die Neigung des Trends im Einzelfall ausgesagt. Ich möchte im folgenden einen komplexeren Erklärungsansatz skizzieren, der gleichzeitig Möglichkeiten und Grenzen eines staatlichen Einwirkens auf die Geburtenrate verdeutlichen soll. Ich beziehe mich dabei auf zwei umfangreichere Ausarbeitungen (*Kaufmann*, 1988; 1990), in denen der Forschungsstand referiert und der gewählte Ansatz ausführlich begründet wird. In der gebotenen Kürze können hier nur Kernargumente entwickelt werden.

1.

Ich gehe davon aus, daß Ursachen des Geburtenrückgangs, der ja ein kollektives Phänomen darstellt, primär auf der Makroebene zu identifizieren sind, daß aber behauptete Ursachen nur insoweit als plausible Erklärungen akzeptiert werden können, als sie verhaltensrelevante Veränderungen auf der Meso- und Mikroebene induzieren. Erfreulicherweise wird diese mehrerebenen-analytische Betrachtungsweise nunmehr auch von Demographen rezipiert (vgl. *Höhn*, 1986). Ich gehe weiterhin davon aus, daß die makrosoziologischen Ursachen des „zweiten Geburtenrückgangs“ (1965 – 1984) nicht dieselben wie diejenigen des ersten (bis 1935) Geburtenrückgangs sind. Was den zweiten Geburtenrückgang betrifft, so zeigt die demographische Analyse, daß er auf zwei voneinander grundsätzlich unabhängigen Entwicklungen beruht, nämlich erstens dem Rückgang der kinderreichen Familien und zweitens dem Rückgang der Heiratsneigung und der Zunahme der damit in der Bundesrepublik Deutschland verbundenen Kinderlosigkeit. Es scheint sich eine gewisse Polarisierung anzubahnen zwischen denjenigen, die „in Familie investieren“ und dann überwiegend zwei oder evtl. drei Kinder haben, und denjenigen, die ganz darauf verzichten; die oft als brauchbarer Kompromiß zwischen den familiären und den beruflichen Lebensan-

sprüchen der Frauen gepriesene Ein-Kinder-Familie scheint nicht zum dominierenden Typus zu werden (vgl. *Huinink*, 1989; *Klein*, 1989). Diese Polarisierungstendenz¹⁾ – in den jüngeren Alterskohorten dürfte ca. ein Viertel der Frauen kinderlos bleiben – ist ein neues Phänomen, dessen Konsequenzen für die Sozialpolitik noch kaum durchdacht sind. Eine makrosoziologische Erklärung des zweiten Geburtenrückgangs muß mindestens drei Komponenten berücksichtigen:

1. *Die Optionserweiterung infolge der wirtschaftlichen Entwicklung.* Indem Bildungschancen, Arbeitsmöglichkeiten, Mobilität, Medienvielfalt und Konsummöglichkeiten sich fortgesetzt ausweiten, wird für jedermann das Übermaß an Möglichem erfahrbar, so daß sich das Bewußtsein des Wählen-Könnens, aber auch die Notwendigkeit des Wählen-Müssens ergibt. Angesichts des Übermaßes der Möglichkeiten wird jede einzelne Möglichkeit (also auch Ehe und Elternschaft) relativ weniger wertvoll. Ehe und Elternschaft als langfristige biographische Festlegung sind mit einem besonders großen Verzicht auf andere Möglichkeiten verbunden, die Ökonomie behandelt dieses Problem unter dem Stichwort „Erhöhung der Opportunitätskosten“. *Heinz Lampert* hat für die Mitte der achtziger Jahre geschätzt, daß allein die ökonomisch nachweisbaren Opportunitätskosten „selbst bei nur vorübergehender, etwa 6–8jähriger Unterbrechung der Erwerbstätigkeit eines Ehepartners bei Geburt, Erziehung und Versorgung von zwei Kindern Größenordnungen von rd. 700.000,- DM erreichen“ (*Lampert*, 1989; 107). Diese Optionserweiterung hat insbesondere zu Veränderungen der weiblichen Lebenszusammenhänge geführt: Die das ganze 20. Jahrhundert dauernde Zunahme der Bildungsbeteiligung der Frauen hat sich nach 1960 stark beschleunigt. Hinzu kommt die Veränderung der Erwerbsbeteiligung: Waren in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts Mütter vor allem als mithelfende Familienangehörige in Landwirtschaft und selbständigen Gewerbebetrieben tätig, so hat sich die Beschäftigung nun weitgehend auf Arbeiter- und Angestelltenverhältnisse verschoben. Die weiblichen Erwerbsbedingungen haben sich also von denjenigen des Ehemanns oder Vaters gelöst und verselbständigt. Wurde früher die außerhäusliche Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen und insbesondere Mütter eher als Notlösung betrachtet, so entspricht sie heute einem selbstverständlichen Anspruch jüngerer Frauen (vgl. zuletzt *Blossfeld*; *Huinink*, 1989).

2. Diese strukturellen Verschiebungen werden durch *kulturelle Veränderungen* verstärkt: *Ehe und Elternschaft werden zunehmend nicht mehr als normativ vorgegebene, selbstverständliche Lebensperspektive, sondern als Gegenstand freier Wahl und individueller Lebensentscheidung verstanden.* Gleichzeitig hat die kulturelle Liberalisierung die Gleichung „wenn Liebe, dann Ehe, dann biologische und soziale Elternschaft“, die das frühmoderne Familienmodell kennzeichnet, zunehmend aufgelöst. In Verbindung mit der Verfügbarkeit zunehmend unproblematischer Methoden der Geburtenkontrolle fand in den letzten drei Jahrzehnten eine zunehmende Entkoppelung von Sexualität und Fortpflanzung einerseits sowie von Liebe und Ehe andererseits statt. Zunehmend deuten sich zwei weitere Veränderungen an, nämlich die Entkoppelung von Ehe und Elternschaft und die Entkoppelung von biologischer und sozialer Elternschaft. Die Entkoppelung von Ehe und Elternschaft äußert sich einerseits in der (in Nordeuropa stärker verbreiteten) Bereitschaft zur nichtehelichen Elternschaft sowie der stärkeren Anerkennung der Alleinerziehenden, aber auch in der Tendenz, die Verantwortung beider Eltern für gemeinsame Kinder über die Scheidung der Ehe hinaus zu institutionalisieren. Die Zunahme von Stiefelternverhältnissen infolge der Wiederverheiratung Geschiedener relativiert andererseits die Bedeutung der biologischen

Elternschaft, ebenso die zunehmende Neigung, ungewollte Kinderlosigkeit durch Adoptionen zu kompensieren. Hinzu kommen die Fortschritte der Fortpflanzungstechnologie, welche die bisherigen Sicherheiten des biologischen Filiationsprinzips in Frage stellen.

Das früher selbstverständliche Modell einer „Familienkarriere“ weicht damit der Möglichkeit sukzessiver Wahlentscheidungen und bewirkt eine Pluralisierung der Lebensformen zwischen dem ledigen Alleinleben und der auf Dauer angelegten „Normalfamilie“. Entscheidend ist dabei, daß diese Pluralisierung gesellschaftlich toleriert, wenn nicht begrüßt wird. Strukturelle und kulturelle Erweiterungen der Wahlmöglichkeit wirken somit zusammen und tragen nachhaltig zur sogenannten Individualisierung der Lebensverhältnisse bei.

3. *Die relative sozio-ökonomische Benachteiligung von Familien hat in den letzten drei Jahrzehnten zugenommen.* Junge Menschen, die Elternverantwortung übernehmen, können nicht in gleichem Maße an der Wohlstandssteigerung partizipieren. Die Kinderzahl wird zunehmend zu einem zentralen Indikator sozialer Ungleichheit. Dabei fallen nicht mehr nur die direkten Kosten für Pflege und Erziehung der Kinder ins Gewicht, obwohl auch diese sich durch die Steigerung der durchschnittlichen Unterhaltungsdauer der Kinder um ca. vier Jahre deutlich erhöht haben. Vielmehr hat sich der „Familienkalkül“ grundlegend verändert: Der Normalfall ist nicht mehr die alleinige Erwerbstätigkeit des Mannes, sondern diejenige beider Partner. Die mit zunehmender Kinderzahl notwendige Reduktion der Erwerbsbeteiligung reduziert nicht nur die Haushaltseinkommen, sondern auch die Aufstiegschancen des betroffenen Partners, zumeist der Frau. Mit jedem zusätzlichen Kind ergibt sich eine doppelte, scherenartige Verschlechterung der ökonomischen Situation: einerseits zunehmende Kosten, andererseits sinkende Arbeitseinkommen. Auch ist der Wert des Familienlastenausgleichs in den letzten Jahrzehnten im Vergleich zur Einkommensentwicklung überwiegend gesunken. Im Rahmen einer Längsschnittuntersuchung konnten wir feststellen, daß sich die relative ökonomische Lage junger Familien mit zunehmender Kinderzahl trotz der familienpolitischen Maßnahmen der *Süßmuth-Ära* in den achtziger Jahren weiter verschlechtert hat (Buhr; Strack; Strohmeier, 1987; 11 ff.). Ähnliches stellte Hockauf-Schneider (1988) im Hinblick auf die Sozialhilfebedürftigkeit von Familien mit Kindern fest.

Wir können also zusammenfassend festhalten, daß zum einen kulturelle und strukturelle Entwicklungen zu einer wesentlich größeren biographischen Wahlfreiheit der jungen Frauen geführt haben, wodurch sich im Sinne der einleitend erwähnten Theorie Birgs das biographische Risiko langfristiger Festlegungen erhöht hat und wahrscheinlich für einen wachsenden Anteil der nachwachsenden Generation weiterhin erhöht. Die dem zugrundeliegenden kulturellen Liberalisierungen und wirtschaftlichen Dynamiken gehen weit über das hinaus, was durch staatliche Politik unmittelbar zu beeinflussen ist, und schränken durch die damit verbundene Erhöhung der Freiheitsgrade der Individuen die Einwirkungsmöglichkeiten staatlicher Politik grundsätzlich stärker ein. *M. a. W. wann immer und mit welchem Einsatz auch immer staatliche Politik tätig wird, die gleichzeitige Erweiterung der Handlungsspielräume der Adressaten staatlicher Politik läßt es immer unwahrscheinlicher werden, daß deren Maßnahmen gegen den Willen der Betroffenen Wirkung zeitigen.* Andererseits zeigt sich, daß mit der Übernahme von Elternverantwortung auch wachsende spezifische Benachteiligungen einhergehen, die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte verstärkt haben. Heute ist soziale Ungleichheit nicht nur vom Erwerbsstatus sondern auch von der Zahl der Kinder abhängig. Das ist ebenfalls ein grundsätzlich neuer Tatbestand, der durchaus sozialpolitischer Beeinflussung zugänglich ist.

II.

Wie lassen sich angesichts dieser Situation Maßnahmen begründen, die zu einem Wiederanstieg oder zumindest zu einer langfristigen Stabilisierung der Geburtenrate beitragen sollen? Für viele ist dies die zentrale Frage einer Bevölkerungspolitik in industrialisierten Gesellschaften. *Hermann Schubnell* hat jedoch in seinem groß angelegten Beitrag „Familie und Bevölkerung“ zum Bericht der Sachverständigenkommission der Bundesregierung für den Dritten Familienbericht zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß zur Bevölkerungspolitik auch die Wanderungspolitik gehört. Vordergründig könnte man sogar sagen, daß aus der Perspektive der ja zumeist auf kurzfristige Erfolge orientierten politisch Handelnden sich die Beeinflussung des Bevölkerungsprozesses durch eine Wanderungspolitik weit mehr anbietet als durch eine auf Steigerung der Geburten angelegte Politik. Denn dies „würde in sehr kurzer Zeit Wirkungen erzielen, die über eine Beeinflussung des generativen Verhaltens, wenn überhaupt, dann nur auf lange Sicht, möglich sind“ (Dritter Familienbericht – Bericht der Sachverständigenkommission, S. 133). Hinzu kommt, daß sich Wanderungen weit direkter durch politische Maßnahmen beeinflussen lassen, die Effekte politischen Handelns also auch leichter kontrollierbar sind. Dies ist im wesentlichen auf zwei Sachverhalte zurückzuführen: Zum einen ist die Bundesrepublik Deutschland als einer der wirtschaftlich höchst entwickelten Räume der Welt für wanderungsbereite Bevölkerungsgruppen ein vergleichsweise attraktives Zielland, so daß allein schon ein entsprechendes Öffnen der Grenzen und selbst eine selektive Anwerbungspolitik gute Erfolge verspricht. Es bedarf hier also gar keiner starken politisch angesetzten Anreize, um die Einwanderung in Bewegung zu bringen. Zum anderen ist die Beschränkung der Zuwanderung und die Regulierung des Ausländerstatus ein klassischer Bereich staatlicher Ordnungspolitik, wo also die notwendigen politischen Instrumente bereits vorhanden sind und es nur um ihren zielgerichteten und mehr oder weniger rücksichtslosen Gebrauch geht. Repressive Maßnahmen sind mit Bezug auf Bevölkerungsvorgänge in der Regel kurzfristig wirksamer als Maßnahmen, welche die Entscheidungsfreiheit der Individuen respektieren, darin liegt einer der problematischsten Aspekte der Forderung nach einer eigenständigen Bevölkerungspolitik (*Kaufmann*, 1983; 40).

Die Wirksamkeit von Maßnahmen, welche ihrer Zielsetzung nach auf eine Erhöhung bzw. Stabilisierung der Geburtenraten gerichtet ist, ist dagegen wissenschaftlich umstritten. *Charlotte Höhn* und *Hermann Schubnell* haben die Wirksamkeit bevölkerungspolitischer Maßnahmen in sieben west- und osteuropäischen Ländern untersucht und sind zum Schluß gekommen, daß „selbst umfangreiche und kostspielige pronatalistische Maßnahmen ... kaum langfristig spektakuläre Auswirkungen auf die durchschnittliche Kinderzahl von Frauengenerationen (haben). Sie können aber dazu beitragen, den Geburtenrückgang zu bremsen und insbesondere die soziale Lage von Eltern und ihren Kindern zu verbessern“ (1986; 186). Ob dies als „Erfolg“ zu werten ist, hängt von der eingenommenen Perspektive ab. Geht man von der hier gegebenen Diagnose einer fortgesetzten Tendenz zur Kinderarmut aus, wird man durchaus von relativen Erfolgen sprechen dürfen; nimmt man dagegen eine bestimmte bevölkerungspolitische Zielsetzung – beispielsweise die Erreichung einer das Reproduktionsniveau sichernden Natalität – als Kriterium, wird man von einem Mißerfolg sprechen müssen. Das eigentliche Problem der Debatte über die Wirksamkeit pronatalistischer Maßnahmen liegt aber, wie auch *Höhn* und *Schubnell* hervorheben, in der Identifizierung und Messung von Wirkungen, also im Problem der wissenschaftlichen Wirkungsanalyse. Wie die Untersuchung von *Schwarz* (1987) zeigt, lassen sich z. B. bei stärker

disaggregierender Betrachtungsweise durchaus plausible Wirkungszusammenhänge identifizieren.

Wissenschaftlich begründete Aussagen über die Wirksamkeit politischer Maßnahmen setzen eine Konzeptualisierung, d.h. die Auswahl, Definition und Operationalisierung von vier Phänomenbereichen voraus, nämlich (1) den Ziel- oder Wirkungsbereich, (2) die Maßnahmen, (3) deren Wirkungsweise und (4) Nebenwirkungen. Angesichts der Vielzahl von Einflüssen, die gleichzeitig (und in größtenteils unkontrollierbarer Weise) auf den Zielbereich – hier also die Natalität – einwirken, stellt die bloße Korrelierung getroffener Maßnahmen und feststellbarer Veränderungen der Fertilitätsmaße keinen ausreichenden Test der Wirksamkeit dar. Nur insoweit es gelingt, die *Wirkungsweise* bestimmter Maßnahmen auf die Bestimmungsgründe des generativen Verhaltens plausibel zu machen, lassen sich Messoperationen durchführen, die etwas über die Wirksamkeit bestimmter Maßnahmen aussagen. Dieser Auffassung zufolge liegen die Forschungsdefizite hinsichtlich der demographischen Wirkungen politischer Maßnahmen heute primär auf der Ebene angemessener Forschungsstrategien und Fragestellungen und erst sekundär auf der Ebene verfügbarer Daten. Die Frage nach dem Zusammenhang von politischen Maßnahmen und demographischen Wirkungen wird immer noch allzu kurzschlüssig formuliert, als ob ein bestimmter politischer Input (z. B. ein neues Gesetz) geeignet sein müsse, unmittelbar einen bestimmten demographischen Output (z. B. eine Veränderung der Geburtenrate oder der Wanderungsbilanz) zu „erzeugen“. Dies ist die naive Perspektive unaufgeklärter Politik, welche politische Absichten mit Wirkungen verwechselt. Am Anfang jeder *wissenschaftlichen* Beschäftigung mit der Bevölkerungsrelevanz politischer Maßnahmen muß die Einsicht stehen, daß die wissenschaftliche Frage nach der politischen Bewirkbarkeit bestimmter Wirkungen oder nach den tatsächlichen Wirkungen bestimmter Maßnahmen von den behaupteten oder tatsächlichen politischen Intentionen gänzlich unabhängig ist (vgl. Kaufmann; Strohmeier; Federkeil, 1990; 55 ff.). Demzufolge mag zwar die Propagierung bestimmter bevölkerungspolitischer Zielsetzungen durch die Regierung eines Landes bewußtseinsbildend wirken und auch die Durchsetzung entsprechender Maßnahmen erleichtern, aber die Untersuchung der Wirksamkeit bestimmter Maßnahmen ist hierauf nicht angewiesen.

Grundlage jeder Wirkungsforschung ist somit die Formulierung von zunächst hypothetischen *Wirkungsmodellen*, welche die Sammlung und Auswertung diesbezüglicher empirischer Daten anzuleiten haben. Zumeist wird aber gerade umgekehrt vorgegangen, d.h. es wird versucht, aus vorhandenem Datenmaterial induktiv auf mögliche Wirkungszusammenhänge zu schließen. Natürlich kann dies im Einzelfall durchaus heuristisch fruchtbar sein, aber man wird dadurch nie zu konzeptionellen Wirkungsvorstellungen gelangen, wie sie eigentlich für die wissenschaftliche Begründung politischer Maßnahmen notwendig wären.

Bezogen auf die hier interessierende Frage, inwieweit mit Hilfe politischer Maßnahmen der sinkenden Tendenz der Geburtenrate entgegengewirkt werden kann, ist zunächst festzuhalten, daß es keinerlei bekannte und in einer freiheitlichen Demokratie legitimierbare Maßnahmen gibt, die *unmittelbar* zur Erhöhung der Geburtenzahlen beitragen. Entsprechende Vorschläge – z. B. Kinderfarmen – finden sich vor allem in utopischen Romanen (z. B. Huxley, 1977). Eine politische Beeinflussung der Geburtenrate ist also nicht auf dem Wege kurzer Wirkungsketten möglich; sie läßt sich durch staatliche Organe nicht direkt erzeugen, sondern setzt stets die Mitwirkung nicht-staatlicher Akteure, wie z. B. Wirtschaftsunterneh-

mungen oder freie Wohlfahrtsträger, insbesondere jedoch die Familie voraus. Nur Wirkungsmodelle, welche diesen mittelbaren Zusammenhang formulieren, können daher Anspruch auf Plausibilität erheben. Wie aber haben wir uns dann das Wirksamwerden pronatalistischer Maßnahmen vorzustellen?

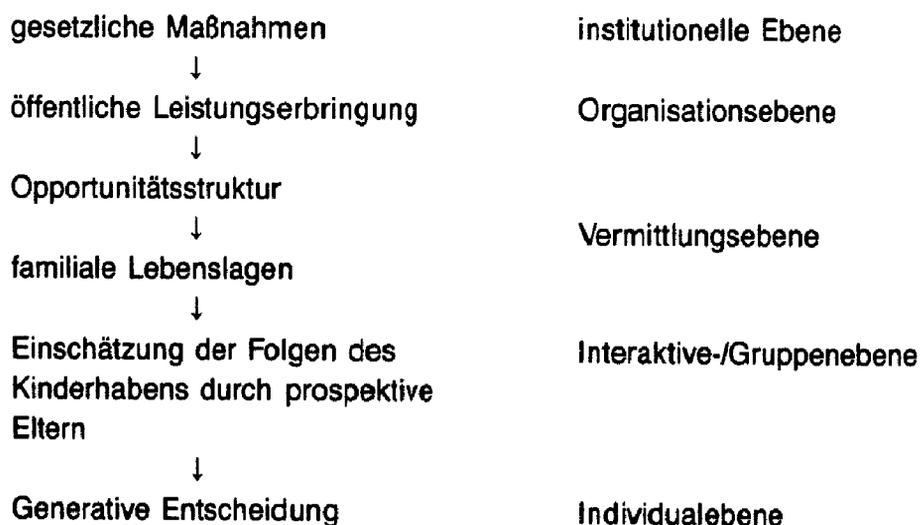
Insoweit als überhaupt Überlegungen dieser Art angestellt werden, tragen sie zumeist deterministischen Charakter. Man nimmt an, daß bestimmte gesetzliche Maßnahmen vermittelt durch öffentliche Träger auf die familialen Lebenslagen einwirken und dadurch die direkten oder indirekten Kosten des Kinderhabens reduzieren, und somit Hindernisse zur Realisierung von „Kinderwünschen“ beseitigt werden. Dieses Wirkungsmodell nimmt also Kinderwünsche als gegebene Größe an, doch es läßt sich zeigen, daß Kinderwünsche keine stabile Option junger Menschen darstellen, sondern selbst im Zeitablauf variabel sind (vgl. *Strohmeier*, 1985; 16 ff.). Wir können daraus schließen, daß individuelle Dispositionen im Hinblick auf generatives Verhalten in weit tiefgreifenderer Weise von den gesellschaftlichen Verhältnissen abhängig sind, als wir gemeinhin voraussetzen. Wir müssen also nicht nur fragen, was der Realisierung von Kinderwünschen entgegensteht, sondern welches die Bedingungen sind, daß handlungswirksame Kinderwünsche überhaupt entstehen. Hierauf läßt sich zunächst die wohl fundierte Antwort geben, daß Kinderwünsche (und zunehmend auch die Akzeptanz ungeplanter Schwangerschaften) entscheidend von der Verfestigung von Partnerschaftsbeziehungen abhängig sind. Selbst in Ländern mit hohen Unehelichenquoten wie z. B. Schweden kommt der ganz überwiegende Teil aller Kinder im Rahmen verfestigter Partnerschaften zur Welt. Dies ist ein Ausdruck der im 20. Jahrhundert zunehmend verfestigten Norm verantworteter Elternschaft: wer ein Kind zur Welt bringt, hat auch die Verantwortung für seine Erziehung zu übernehmen, das scheint ein allgemein akzeptiertes und stark internalisiertes Gebot zu sein, das z. B. auch den Widerstand erklärt, eine Schwangerschaft auszutragen und das Kind dann zur Adoption freizugeben²⁾. Jede auf Wirksamkeit bedachte pronatalistische Maßnahme wird somit in Rechnung zu stellen haben, daß ihre Wirksamkeit an die notwendige Bedingung konstituierter und stabilisierter Paarbeziehungen gebunden ist, daß es sich hier also typischerweise nicht um eine individuelle Entscheidung, sondern um die Entscheidung von Paaren handelt, welche die Folgen der Ankunft eines (weiteren) Kindes für ihre gesamte (gemeinsame und individuelle) Lebenssituation abwägen.

Diese Überlegung führt uns zu einer für die Entwicklung eines plausiblen Wirkungsmodells höchst relevanten Frage: Wenn wir von der Selbstverständlichkeit von Geburtenkontrolle und der Tolerierung einer Unterbrechung unerwünschter Schwangerschaften ausgehen müssen, wenn also heute nicht mehr die Verhinderung, sondern die Akzeptanz von Geburten den eigentlich zu erklärenden Tatbestand ausmacht, so müssen wir uns fragen, wie das denn vor sich geht. Es scheint plausibel, daß sich heute die Entscheidung immer weniger an vorgegebenen Normen (also „gesinnungsethisch“), sondern immer stärker an der Einschätzung der Konsequenzen (also „verantwortungsethisch“) orientiert. Hierbei ergibt sich aber ein charakteristisches Problem: Die tatsächlichen Folgen sind notwendigerweise unbekannt, es handelt sich bei dieser Abwägung stets um die Vorstellung möglicher oder für wahrscheinlich gehaltener Folgen. *Wie kommen solche Vorstellungen zustande?* Einerseits dürften hier Gesichtspunkte maßgeblich sein, die unmittelbar mit der einzelnen Paarbeziehung zusammenhängen und daher ebenso intransparent wie unbeeinflussbar bleiben. Andererseits dürfen wir aber auch annehmen, daß solche Folgenabschätzungen durch Gespräche mit relevanten Personen, z. B. Eltern, Freunden, evtl. auch Ärzten oder

Schwangerschaftsberatungsstellen zustandekommen und überdies häufig unbewußt durch Erfahrungen geprägt werden, die Partner im Zusammenhang mit der Ankunft von Kindern *bei Dritten* gemacht haben. Dasselbe gilt natürlich auch für die Bezugspersonen, mit denen über mögliche Folgen gesprochen wird. Es geht also – genau genommen – bei dem Prozeß der Folgenabwägung nur zum Teil um Gesichtspunkte, die unmittelbar das einzelne Paar betreffen, sondern *auch um verallgemeinerte Einschätzungen über die Folgen von Kinderhaben*. Wenn somit die Politik die Wahrscheinlichkeit, daß junge Menschen sich für Ehe und Elternschaft entschließen, erhöhen will, so sollte sie in erster Linie die wahrnehmbaren Folgen des Kinderhabens zu beeinflussen suchen. Die subjektive Folgeneinschätzung junger Menschen orientiert sich an dem, was sie in ihrer Umgebung, bei Verwandten, Freunden, Nachbarn und Bekannten als Folgen des Kinderhabens wahrnehmen oder vermittelt erhalten.

Unter „Folgen“ sind hier allerdings nicht allein materielle Gesichtspunkte zu verstehen, auch wenn – wie einleitend erwähnt – die ökonomischen Nachteile, die Eltern heute mit zunehmender Kinderzahl auf sich nehmen müssen, offenkundig und gravierend sind. Die „Folgen“ beziehen sich auch auf den Zeit- und Kräftehaushalt bzw. recht konkret auf die Frage, auf welche alternativen Lebensmöglichkeiten man in der Konsequenz der Übernahme von Elternverantwortung zu verzichten hat. Und sie beziehen sich auf die Wertschätzungen, die Vätern und Müttern entgegengebracht werden: von seiten der Arbeitgeber, der Vertreter der Öffentlichkeit, den Erziehungsexperten und insbesondere natürlich von bedeutenden Bezugspersonen wie den eigenen Eltern, Geschwistern, Freunden und Nachbarn.

Wir können aufgrund dieser Überlegungen folgendes allgemeine Wirkungsmodell für die Wirkungsweise nationalitätsbezogener politischer Maßnahmen postulieren:



(Quelle: Kaufmann; Strohmeier; Federkeil, 1990; 71)

Diese Modellskizze beinhaltet erst die Wirkungsebenen, aber noch keine konkreten Wirkfaktoren und Wirkungshypothesen. Diese müssen von Fall zu Fall gesondert entwickelt werden, wobei sowohl Annahmen über die Wirkungszusammenhänge innerhalb der einzelnen Wirkungsebenen als auch über Zusammenhänge zwischen einander benachbarten Ebenen zu formulieren sind. Für die konkrete Forschung müssen nicht notwendigerweise

alle fünf Ebenen berücksichtigt werden, die Komplexität der forschungsleitenden Modelle ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Stets sollten jedoch mindestens zwei benachbarte Wirkungsebenen einbezogen werden.

III.

Das hier skizzierte Vorgehen ist für den Fortschritt wissenschaftlicher Wirkungsanalysen hoffentlich hilfreich, aber wohl kaum für die unmittelbare Politikberatung. Hier müssen wir zu stärker synthetisierenden Einschätzungen und Beschreibungen Zuflucht nehmen, auch wenn nicht alle Elemente der Argumentation im einzelnen beweisbar sind³). Wenn es der Politik um die Beeinflussung der Geburtenrate geht, so muß ihr insbesondere gesagt werden, daß sie nicht von einzelnen Maßnahmen große Wirkungen erwarten darf. Das ergibt sich bereits aus der vorgenannten Überlegung: Es geht bei den generativen Entscheidungen um die Einschätzung der Folgen des Kinderhabens *insgesamt*, und die kollektiven Urteile, auf die es nach der hier vertretenen Auffassung ankommt, entstehen in komplexen Einschätzungsprozessen, die vielfältige Beobachtungen und Erfahrungen integrieren. Da für die Folgenorientierung der prospektiven Eltern die mit ihrem eventuellen generativen Beitrag verbundene Erhöhung der Geburtenzahl in der Regel völlig irrelevant ist, ergibt sich aus der hier vertretenen wirkungsorientierten Perspektive keine grundsätzliche Differenz zwischen einer bevölkerungsorientierten und einer familienorientierten Politik. Die ökonomischen, sozialen und politischen Effekte eines möglichen Bevölkerungsrückgangs oder einer möglichen Überfremdung mögen zwar durchaus relevante Motive für die Politiker sein, um Maßnahmen einer familienförderlichen oder kinderfreundlichen Politik in Gang zu setzen. Da es aber keine direkt wirksamen pronatalistischen Maßnahmen gibt⁴), bleibt eben nur dieser mittelbare, familien- und kinderorientierte Weg, der die demographischen Effekte als Nebenwirkungen mit intendiert.

Was läßt sich hierzu aus unseren bisherigen Überlegungen schließen? Wenn die Politik die Wahrscheinlichkeit, daß junge Menschen sich für die Elternschaft entschließen, erhöhen will, sollte sie in erster Linie die wahrnehmbaren Folgen des Kinderhabens beeinflussen, denn junge Menschen orientieren sich in ihren generativen Entscheidungen an dem, was sie in ihrer Umgebung, bei Verwandten, Freunden, Nachbarn und Bekannten wahrnehmen. Zur kulturellen Stabilisierung von Familien kann Politik nur sehr indirekt beitragen, z. B. durch Förderung und Prämierung künstlerischer, medialer und wissenschaftlicher Bemühungen zu einer realitätsgerechten Auseinandersetzung mit den Problemen der Familie heute.

Bloß punktuelle familienpolitische Maßnahmen reichen jedoch nicht aus, um wesentliche Veränderungen herzustellen. Ein Konzept familien- und kinderfreundlicher Politik setzt voraus, daß man sich in die Perspektive der Familien, insbesondere der jungen Frauen, versetzt. Dabei erscheinen zwei Sachverhalte von größter Bedeutung:

- Der mehr oder weniger ausgeprägte Wunsch, eine „Familienkarriere“ mit einer „Berufskarriere“ zu verbinden, also in beiden Bereichen eine gewisse Kontinuität der Entwicklung anzustreben; und
- die Unabsehbarkeit der Folgen, welche mit der Entscheidung für die Übernahme der Elternverantwortung verbunden sind, resultiert nicht nur aus den Kontingenzen individueller Biographien, sondern in erheblichem Maße aus der weitgehenden Indifferenz von Wirtschaft, Staat und öffentlichen Dienstleistungen gegenüber dem Umstand, ob Menschen Kinder erziehen oder nicht.

Da Kinder langfristige Festlegungen, also biographische Entscheidungen von großer Tragweite bedeuten, lassen sich die wahrnehmbaren oder mutmaßlichen Folgen des Kinderhabens nur dann positiv verändern, wenn die staatlichen Maßnahmen in ihrem Zusammenhang einen absehbaren Rahmen für langfristige biographische Perspektiven bilden und die strukturbedingten Nachteile einer „Investition in Familie“ tendenziell beseitigen.

Eine der tiefst liegenden Ursachen für die fortgesetzte Erschwerung familialer Lebensformen liegt in der Indifferenz, mit der unsere Gesellschaft sich außerhalb des Bereichs der unmittelbaren Familienpolitik gegenüber dem Umstand verhält, ob Menschen die Verantwortung für die Erziehung von Kindern übernehmen oder nicht. In diesem Sinne kann man von einer strukturellen Rücksichtslosigkeit (nicht: Kinderfeindlichkeit!) unserer Gesellschaft gegenüber Familien sprechen (vgl. hierzu Kaufmann, 1990; 137 ff.). Dem entgegenzuwirken ist die zentrale Aufgabe einer familienförderlichen Politik.

Dabei sind insbesondere folgende Grundgedanken in Betracht zu ziehen:

1. Der produktive Charakter familialer Solidarität muß Gegenstand gesellschaftspolitischer Anerkennung werden. Familien tragen in erheblichem Umfange zur unentgeltlichen Wertschöpfung in unserer Gesellschaft bei, das gilt übrigens nicht nur für die Kindererziehung, sondern auch für die Übernahme von Pflegeleistungen für Eltern und Großeltern. Die Berücksichtigung der Übernahme von Elternverantwortung muß politisch, rechtlich und faktisch anerkannt werden. Rechtlich gibt es bereits eine Reihe von Beispielen, z. B. die Befreiung alleinerziehender Väter vom Wehrdienst oder versorgungsrechtliche Regelungen für Beamte, die auszubauen wären. Besonders dringlich erscheint dies heute im Bereich des Wohnungsbaus, und zwar sowohl hinsichtlich der Prioritäten beim Bau und der Vergabe von Sozialwohnungen als bei der Bildung von Wohneigentum. Politisch könnte die Elterverantwortung durch die Ausdehnung des Grundsatzes „one man, one vote“ auch auf Kinder anerkannt werden, indem das Wahlrecht der Kinder bis zu deren Wahlmündigkeit den Erziehungsverpflichteten zugesprochen wird.

2. Das praktisch dringlichste Problem dürfte in der Bundesrepublik Deutschland heute die Abstimmung von Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit sein. Aus der hier entwickelten Perspektive stellt sich die Aufgabe staatlicher Familienpolitik, Familientätigkeit als Beitrag zur Gewährleistung gesellschaftlicher Nachwuchssicherung und Humankapitalbildung anzuerkennen und der Berufstätigkeit grundsätzlich ökonomisch gleichzustellen. Die familiäre Erziehungstätigkeit für Mann und Frau ist in ihren ökonomischen Konsequenzen einer Erwerbstätigkeit anzunähern, d.h. der Verzicht auf beiderseitige Vollzeiterwerbstätigkeit muß finanziell kompensiert werden, und zwar nicht nur hinsichtlich der aktuellen Familieneinkommen, sondern vor allem auch hinsichtlich der Anwartschaften auf persönlich zurechenbare Alterseinkommen. Die eigenständige soziale Sicherung der Frau wird unter Bedingungen, die die lebenslange Ehe nicht mehr als Normalfall voraussetzen lassen, zu einem zentralen gesellschaftspolitischen Postulat. Ebenso wichtig sind Maßnahmen zur Erleichterung der Verbindung von Familien- und Erwerbstätigkeit wie z. B. der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen für die Drei- und Vierjährigen sowie die Schaffung ganztägiger Betreuungsarrangements im Vorschul- und Schulalter. Im Bereich des Mutterschutzes und des Arbeitsrechts sind bereits Fortschritte erzielt worden, doch gilt es, die heute in Pionierbetrieben erprobten Maßnahmen, um die Elternverantwortung von Mitarbeitern in der Gestaltung von Arbeitsbedingungen stärker zu berücksichtigen, weiter zu fördern und auszubauen (vgl. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, 1987; Bäcker; Stolz-Willig, 1990).

3. Eine an Gesichtspunkten familialer Wohlfahrt ausgerichtete Politik setzt eine Änderung der politischen Perspektiven voraus. *Nicht mehr die einzelne Maßnahme, sondern das Zusammenspiel der verschiedenen familienpolitischen Maßnahmen muß zum Gegenstand des politischen Gestaltungswillens gemacht werden.* Es ist zu fragen, wie die Summe der relevanten politischen Maßnahmen die biographischen Optionen von Individuen im typischen Falle formen. Fragt man so, so wird deutlich, daß die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialpolitik einseitig die Kinderlosigkeit prämiert. Die bisherige sozialstaatliche Entwicklung ist einseitig zu Lasten der Eltern gegangen, d.h. der Unterhalt der alten Generation wurde zu praktisch hundert Prozent kollektiviert, während die Eltern nach wie vor etwa die Hälfte der Kosten für das Aufbringen ihrer Kinder selbst bezahlen müssen. Die absehbare demographische Entwicklung ist die plausible Konsequenz vergangener sozialpolitischer Entscheidungen (vgl. Kaufmann, 1990a). Massive Umverteilung innerhalb des Sozialbudgets zu Lasten derjenigen, die auf das Aufbringen von Kindern verzichten, werden sich nicht vermeiden lassen. Einen Ansatzpunkt könnte die gegenwärtig diskutierte Pflegekostenversicherung bieten, wo es besonders offenkundig ist, daß das Risiko, der öffentlichen Hand zur Last zu fallen, bei den Kinderlosen weit größer ist, als bei denjenigen, die auf die Unterstützung ihrer Kinder zählen können.

4. Da der Stellenwert der Berufstätigkeit für verschiedene Gruppen von Frauen nicht derselbe ist, ist es Aufgabe der Politik, aber auch der Tarifpartner, die Folgen unterschiedlicher Optionen für die Familie erträglich zu erhalten. *Angesichts der notwendigen Unberechenbarkeit biographischer Entscheidungsmuster kann dabei der Politik nur empfohlen werden, einen berechenbaren Rahmen der Folgen unterschiedlicher Entscheidungen vorzugeben, ohne diese Entscheidungen selbst direkt beeinflussen zu wollen.* So ist etwa für Frauen mit hoher Berufsorientierung entscheidend, daß Kinderbetreuungsmöglichkeiten möglichst unmittelbar an den Schwangerschafts- und Erziehungsurlaub anschließen. Frauen mit etwa gleichgewichtiger Berufs- und Familienorientierung dürften am ehesten von der Förderung von Teilzeitarbeit und der Kompensation von deren nachteiligen Folgen in der sozialen Sicherung profitieren; für stark kindorientierte Frauen ist eine mit der Kinderzahl steigende Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung und die Höhe des Familienlastenausgleichs entscheidend. Um eine ungebührliche Kumulation öffentlicher Leistungen der einzelnen Familien zu vermeiden, könnte es sich als durchaus sinnvoll erweisen, hier Optionen etwa in der Form vorzugeben, daß entweder ein Kinderbetreuungsplatz für Drei- und Vierjährige oder aber ein entsprechend erhöhtes Kindergeld zur Verfügung gestellt wird. Indem solche alternativen Ansprüche direkt den Kindern (z. B. durch entsprechende Gutscheine) und somit erst indirekt den Erziehungsberechtigten zugeteilt werden, ließe sich auch eine unerwünschte Kumulation solcher Leistungen vermeiden.

Der Verfasser ist sich durchaus bewußt, daß er mit derartigen Überlegungen gegen eingefleischte Denkmuster der politischen Praxis und verfestigte Interessenstrukturen andenkelt. So dürfte der letztgenannte Vorschlag nicht zuletzt daran scheitern, daß das Kindergeld Bundessache, daß Kindergärten und Schulen aber Ländersache sind. Es ging hier aber nicht darum, ein scheinbar praktikables familienpolitisches Programm zu entwerfen, was ohnehin nicht Aufgabe der Wissenschaft sein kann. Auch wenn gegenwärtig die Vereinigung Deutschlands alle anderen Probleme überschattet, die demographische „Revolution auf leisen Sohlen“ (J. Schmid) wird den Politikern noch genügend Kopfzerbrechen bereiten und sie zu einem Umdenken zwingen. Dann ist es wichtig, daß breiter ansetzende Perspektiven bereits entwickelt sind.

Summary

An analysis of the macro-sociological causes of the 'second fertility decline' reveals that on the one hand presumably irreversible changes generate a continuing tendency towards a low birth rate, where on the other hand there are also specific disadvantages parents are subject to, which might be influenced by political measures. Therefore the demographic efficiency of women and family policies must not be evaluated on the basis of abstract values, like for instance a fertility rate securing replacement of population but rather on the basis of models of efficiency taking into account the problems and life situations of potential parents. In this context mainly the following facts are stressed: the evaluation of the consequences of having children by potential parents is made on the basis of other people's experience; the growing wish of young women for combining gainful employment and family life; the structural recklessness of modern societies towards the family results from the predominating indifference with regard to the question whether individuals are willing to accept parents' responsibilities or not. At the end of this article fundamental ideas on a more complex approach of family policy are formulated taking the above aspects into consideration. The effects of family political measures on fertility are rather of an indirect nature by shaping the perceivable consequences of having children to third persons.

Résumé

Une analyse des causes macrosociologiques de la deuxième baisse de la fécondité montre que ce sont d'une part des changements apparemment irréversibles qui produisent une tendance continue d'avoir moins d'enfants, alors que d'autre part il y a un effet supplémentaire ayant pour causes des désavantages spécifiques, et tout à fait susceptibles d'être influencés par la politique, que subissent les parents. Il ne faudra donc pas évaluer l'effet démographique des mesures prises en matière de la politique des femmes et de la famille à la lumière d'objectifs abstraits, tels que par ex. un taux de fécondité garantissant le niveau de remplacement des générations, mais à l'aide de modèles des effets tenant compte des problèmes et des situations de vie des parents prospectifs. Dans cet ordre d'idées, l'accent est mis en particulier sur les états de faits suivants: L'évaluation des conséquences d'avoir des enfants par des parents prospectifs s'oriente aux expériences faites par des tiers; le désir croissant des jeunes femmes de combiner l'activité professionnelle et la vie de famille; le manque d'égards structurel des sociétés modernes par rapport à la famille résulte de l'indifférence prédominante devant le fait si, oui ou non, les hommes et les femmes assument la responsabilité d'être parents. Finalement sont formulées des idées fondamentales d'une politique de famille approchant les problèmes d'une façon plus complexe pour tenir compte de ces points de vue. Les effets des mesures prises en matière de la politique familiale sur le taux de fécondité sont plutôt de nature indirecte, influençant chez des tiers les conséquences perceptibles du fait d'avoir des enfants.

Anmerkungen

- 1) Die Polarisierungstendenz der weiblichen Lebensentwürfe zwischen Familie und Beruf haben wir im Rahmen des Projektes „Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen“ zuerst empirisch festgestellt, vgl. Kaufmann, 1988; 396. Wie Burkart und Kohli (1989) herausgearbeitet haben, werden diese Polarisierungstendenzen durch unterschiedliche Milieus stabilisiert und verstärkt.
- 2) Die Steigerung des Risikos einer langfristigen Festlegung durch die Ankunft von Kindern ist also nicht nur durch die Erweiterung des Möglichkeitshorizonts biographischer Optionen (der virtuellen Biographie im Sinne Birgs) bedingt, sondern auch durch das gewachsene Gewicht der langfristigen Festlegung selbst. Noch im 19. Jahrhundert war auch in Westeuropa Kindsvernachlässigung

- und Kindsaussetzung eine durchaus verbreitete Form der Reduktion familialer Verantwortungen. Gleiches wird uns heute nicht nur aus Ländern der Dritten Welt, sondern selbst aus den ehemals sozialistischen Staaten bekannt.
- 3) Mein akademischer Lehrer *Walter Adolf Jöhr* (1964) hat in diesem Zusammenhang von „Schätzurteilen“ gesprochen, die zwar überall dort auftauchen, wo Wissenschaftler Auswahlentscheidungen aus dem vorhandenen Wissensstand treffen, die aber in der politischen Beratungssituation von besonderer Bedeutung sind.
 - 4) Eine Ausnahme bilden hier staatliche Maßnahmen, welche Empfängnisverhütung und Abtreibung verhindern sollen. Es handelt sich um repressive Maßnahmen, die auf den Willen der Paare keine Rücksicht nehmen und daher zunehmend als illegitim gelten und bei gleichzeitiger Erweiterung der Handlungsspielräume immer unwirksamer werden.

Literaturverzeichnis

- Bäcker, G.; Stolz-Willig, B.*: Kindererziehung, Arbeitszeiten und soziale Sicherung: Gestaltung von Teilzeitarbeit und Freistellungsregelung im Zusammenhang von Tarif-, Familien- und Sozialpolitik; WSI-Arbeitsmaterialien Nr. 26, Düsseldorf, 1990
- Becker, G.S.*: A Treatise on the Family; Cambridge Mass., 1981
- Birg, H.*: A Biography Approach to Theoretical Demography; IBS-Materialien Nr. 23, Bielefeld, 1987
- Birg, H.; Flöthmann, E.J.; Reiter, I.*: Biographische Theorie der demographischen Reproduktion - Demographische Verhaltensweise regionaler Arbeitsmarktkohorten im biographischen Kontext; Forschungsbericht, Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld, Mai 1990, (Publikation in Vorbereitung bei Campus, Frankfurt/New York, 1990/1991)
- Blossfeld, H.-P.; Huinink, J.*: Die Verbesserung der Bildungs- und Berufschancen von Frauen und ihr Einfluß auf den Prozeß der Familienbildung; Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 15, 1989, 4.- S. 383 - 404
- Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.)*: Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland; Dritter Familienbericht, Bonn, 1979
- Buhr, P.; Strack, P.; Strohmeier, K.P.*: Lebenslage und Alltagsorganisation junger Familien in Nordrhein-Westfalen; IBS-Materialien Nr. 26, Bielefeld, 1987
- Burkart, G.; Kohli, M.*: Ehe und Elternschaft im Individualisierungsprozeß: Bedeutungswandel und Milieudifferenzierung; Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 15, 1989, 4. - S. 405 - 426
- Hockauf-Schneider, R.*: Kinder als Armutsursache von Lohnempfängern; Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 14, 1988, 1. - S. 23 - 48
- Höhn, C.*: Einflußfaktoren des generativen Verhaltens: Zwischenbilanz zu den Gründen des Geburtenrückgangs; Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 12, 1986, 3.- S. 309 - 323
- Höhn, C.; Schubnell, H.*: Bevölkerungspolitische Maßnahmen und ihre Wirksamkeit in ausgewählten europäischen Industrieländern; Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 12, 1986, 1. - S. 3 - 51; 2. - S. 185 - 219
- Huinink, J.*: Das zweite Kind: Sind wir auf dem Weg zur Ein-Kind-Familie?, Zeitschrift für Soziologie, 1989, 18. - S. 182-207
- Huxley, A.*: Schöne neue Welt; Frankfurt a.M., 1977
- Jöhr, W.A.*: Schätzungsurteil und Werturteil, in: Systeme und Methoden in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: *Erwin v. Beckerath* zum 75. Geburtstag; *Kloten, N.* u.a. (Hrsg.); Tübingen, 1964, S. 155 - 168
- Kaa van de, D.*: Europe's Second Demographic Transition; Population Bulletin, Vol. 42, No. 1, (März 1987)
- Kaufmann, F.-X.*: Warum nicht Bevölkerungspolitik?; in: Beiträge aus der bevölkerungswissenschaftlichen Forschung. Festschrift für *Hermann Schubnell; Rupp S.; Schwarz, K.* (Hrsg.) Boppard a. Rh.: Boldt, 1983. - S. 35 - 44, Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung; 11
- Kaufmann, F.-X.*: Familie und Modernität, in: Die „postmoderne“ Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit; *Lüscher, K.; Schultheis, F.; Wehrspann, M.* (Hrsg.); Konstanz, 1988, - S. 391 - 415
- Kaufmann, F.-X.*: Zukunft der Familie: Stabilität, Stabilitätsrisiken und Wandel der familialen Lebensformen sowie ihre gesellschaftlichen politischen Bedingungen; München, 1990
- Kaufmann, F.-X.*: Sozialpolitik und Bevölkerungsprozeß, in: Demographische Wirkungen politischen Handelns; *Birg, H.; Mackensen, R.* (Hrsg.); Frankfurt/New York, 1990 (a), S. 103 - 123

- Kaufmann, F.-X.; Herlth, A.; Quitmann, J.; Simm, R.; Strohmeier, K.P.*: Familienentwicklung - Generatives Verhalten im familialen Kontext, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 8, 4.- S. 523 - 545
- Kaufmann, F.-X.; Strohmeier, K. P.; unter Mitarbeit von G. Federkeil*: Wirkungen politischen Handelns auf den Bevölkerungsprozeß: Ansätze für methodische Analysen; Expertise zu Hd. des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Bielefeld, März 1990, (erscheint in der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung)
- Klein, T.*: Divergierende Familiengrößen und „neue Kinderlosigkeit“; *Zeitschrift für Familienforschung*, 15, 1989, 1. - S. 5 - 26
- Lampert, H.*: Familien heute - Sozialökonomische Analyse ihrer Lebenslage; in: *Familie im Wandel - Situation, Bewertung, Schlußfolgerung*; *Wingen, M.* (Hrsg.); Bad Honnef, 1989, S. 92 - 120
- Linde, H.*: Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800 2000; Frankfurt/New York, 1984
- Schumacher, J.; Vollmer, R.*: Partnerwahl und Partnerbeziehung: Die Gravitation des Partnermarktes und ihre demographischen Folgen; *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 7, 1981, 4.- S. 499 - 518
- Schwarz, K.*: Demographische Wirkungen der Familienpolitik in Bund und Ländern nach dem 2. Weltkrieg; *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 13, 1987, 4. - S. 409 - 450
- Strohmeier, K. P.*: Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen: Generatives Verhalten im sozialen und regionalen Kontext; Düsseldorf, 1985
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Neue Forschungsergebnisse im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis*; Stuttgart, 1987

(Anschrift d. Verf.: Prof. Dr. *Franz-Xaver Kaufmann*, Universität Bielefeld, Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Universitätsstraße 25, 4800 Bielefeld 1)